

Antrag der Fraktion der CDU

Taten statt Worte – Fachkräftegewinnung im Bereich der Kindertagesbetreuung vorantreiben!

Der Bedarf an Plätzen in Krippe und Kita ist seit Jahren kontinuierlich angestiegen. Die Gründe hierfür, etwa die Einführung des gesetzlichen Rechtsanspruchs sowie geänderte gesellschaftliche Realitäten in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sind ebenso lange im Kreise von Fachleuten und der Politik bekannt, wie der Mangel an qualifizierten Fachkräften.

Besonders aber das Fehlen beispielsweise von Erzieherinnen und Erziehern gerät zunehmend zum sprichwörtlichen Flaschenhals bei der Schaffung der dringend benötigten zusätzlichen Plätze im Bereich der Kindertagesbetreuung. Vielfach konnten und können noch immer verschiedentlich Einrichtungen in Bremen nicht die eigentlich vorgesehene Anzahl an Betreuungsplätzen anbieten, da schlicht das pädagogische Personal fehlt, um gemäß des Fachkräftegebotes Gruppenleitungen zu übernehmen. So wurden, Stand 15. Februar 2021, 308 fertiggestellte Tagesbetreuungsplätze verzögert belegt oder stehen leer mangels ausreichend qualifiziertem Fachpersonal.

Erste Maßnahmen, um die Wege in das Berufsfeld zu diversifizieren, wie etwa die Einführung der Ausbildung in Teilzeit oder das Angebot einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA), haben einen ersten positiven Effekt auf das Platzangebot und den Einstieg in das Berufsfeld attraktiver gemacht, schaffen aber dennoch nur bedingt Abhilfe.

Mit diesem Wissen im Hinterkopf und der seit Jahren unbefriedigenden Kita-Platzversorgung vor Augen, beschloss der Landesjugendhilfeausschuss bereits 2017 eine Koordinierungsgruppe „Fachkräftemangel“ einzurichten. Erst nach einem zweijährigen Klärungsprozess konnte die Federführung bei der Senatorin für Kinder verortet werden. Ende 2019 nahm die Koordinierungsgruppe nach erneuter Intervention des Landesjugendhilfeausschusses ihre Arbeit auf, um eine ressortübergreifende Bestandsaufnahme voranzubringen und damit fundierte Handlungsempfehlungen zu liefern. Große Hoffnungen und Erwartungen waren und sind mit diesem Gremium verbunden. Über magere Zwischenberichte, mit wenig Neuem, ist dieses sinnvolle Vorhaben bis dato aber nicht hinausgekommen. Um die schiere Zahl und damit auch die Situation der vielen unversorgten Kinder und ihrer Familien endlich zu verbessern, gilt es, endlich weniger wohlfeile Worte zu verlieren und stattdessen nunmehr Taten sprechen zu lassen. Während die Bildungsbehörde für Ihren Teilbereich inzwischen erste Schätzungen veröffentlichte, fehlen diese weiterhin für den Bereich in der Verantwortung der Sozialsenatorin (Bereich der ambulanten und stationären Jugendhilfe, der Heil- und Sonderpädagogik, der Behindertenhilfe sowie im Bereich der Altenhilfe und der Seniorenwohneinrichtungen).

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. der städtischen Deputation für Kinder und Bildung unverzüglich einen schriftlichen Zwischenbericht der bereits im Dezember 2019 eingerichteten Koordinierungsgruppe „Fachkräftemangel“ des Landesjugendhilfeausschusses vorzulegen. Die zuständige Deputation soll dabei unter anderem umfassend darüber Auskunft erhalten,
 - a) wie oft, unter wessen Teilnahme und mit welchen konkreten Ergebnissen besagte Koordinierungsgruppe bisher tagte;
 - b) aus welchen Gründen die Bearbeitung dieses elementar wichtigen Themas nicht entschieden genug vorangetrieben beziehungsweise noch nicht abgeschlossen werden konnte und welche Teilergebnisse und Zulieferungen welcher Ressorts noch fehlen
 - c) welche Daten über etwaige Fachkräftebedarfe für die im Verantwortungsbereich
 - aa) der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport,
 - bb) der Senatorin für Kinder und Bildung,
 - cc) der Senatorin für Gesundheit Frauen und Verbraucherschutz
 - dd) sowie der Senatorin für Wissenschaft und Häfen vorliegen.
2. dem Landesjugendhilfeausschuss und den zuständigen Deputationen innerhalb von sechs Monaten einen Abschlussbericht der Koordinierungsgruppe „Fachkräftemangel“ vorzulegen;
3. die Ausbauplanung der Kinderbetreuungsplätze für unter dreijährige Kinder auf eine Betreuungsquote von mindestens 60 Prozent je Stadtteil anzupassen und den Ausbau im Ü3-Bereich auf Vollversorgung (100 Prozent) bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode zu realisieren;
4. die durch die „integrierte Regelausbildung“ (Inra) erfolgte Attraktivierung der Ausbildung öffentlich zu bewerben und zu prüfen, inwiefern zusätzliche Inra-Klassenverbände zum 1. Februar eines jeden Jahres beginnen können, um einen zweiten Startertermin pro Jahr zu ermöglichen sowie weitere Platzkapazitäten zu schaffen;
5. in den Fachschulen weitere Teilzeitklassen einzuführen, deren Teilzeitmodell so ausgestaltet ist, dass es auf die Bedarfe von Alleinerziehenden und junge Eltern zugeschnitten ist, zum Beispiel durch Fünf-Tagesmodelle mit jeweils 4 bis 5 Stunden Ausbildungsdauer in den Vormittagsstunden;
6. geeignete Maßnahmen zur Anwerbung von Fachkräften aus anderen Bundesländern innerhalb von vier Monaten zu erarbeiten und der städtischen Deputation für Kinder und Bildung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen;
7. berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme für Sozialassistent:innen, Kinderpfleger:innen und Kindertagespflegepersonen auszubauen und zu erleichtern;
8. weitere Möglichkeiten zur Steigerung der Verfügbarkeit von Flächen für die Errichtung von Kindertageseinrichtungen zu prüfen, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Flächenfonds zum Ankauf zusätzlicher Flächen und hierbei besondere Anstrengungen bei der Identifizierung von Flächen in besonders schlecht mit Tagesbetreuungsplätzen ausgestatteten Stadtteilen, wie etwa Vegesack zu unternehmen;
9. zu prüfen, inwiefern die Anwendung modularer Bauweisen und Entwicklung von variablen Modulbauten in Trägerschaft von Immobilien Bremen, den öffentlichen Baugesellschaften oder privaten Investorenmodellen ausgebaut werden kann;

10. der städtischen Deputation für Kinder und Bildung binnen vier Monaten nach Beschlussfassung über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU